

Volkswille

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3,75, 1/32 Seite 7,50, 1/16 Seite 15,—, 1/8 Seite 30,—, 1/4 Seite 60,—, 1/2 Seite 120,—, 1 ganze Seite 240,—. Kleinanzeigen unter 10 Zeilen 20% Rabatt. Anzeigen unter 10 Zeilen, die 3 wöchentlich am 1. April 1930 außer halb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 4 ct. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteur.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Das Reichstabinett wieder in Gefahr

Trotz Steuererleichterung keine Reichstagsmehrheit — Auflösung des Reichstags — Ablehnung der Deutschnationalen — Die Sozialdemokraten fordern erneut das Notopfer

Berlin. Das Reichstabinett hielt am Mittwoch im Reichstag eine Sitzung ab, in der die durch die Beschlüsse des Steueraussschusses des Reichstags geschaffene Lage besprochen wurde. Das Kabinett ist, wie die Telegraphen-Union hört, zu einer Abänderung des Finanzprogramms, das es von der alten Regierung übernommen hat, bereit. Im Anschluß an die Kabinettsitzung wurden die Führer der Regierungsparteien zu weiteren Verhandlungen über das Finanzprogramm empfangen.

Die Grundlage, auf der man sich jetzt zu einigen versucht, ist folgende: Die Biersteuer soll nur um 50 v. H. erhöht werden. Dafür soll die Umsatzsteuer eine Erhöhung von 0,75 auf 0,85 erfahren, wozu noch eine besondere Staffel für größere Umsätze, also eine Art Filial- und Warenhaussteuer treten soll. Nach der Parteiführerbesprechung werden die Fraktionen der Regierungsparteien sich mit den neuen Kompromißvorschlägen beschäftigen. Wenn über das neue Kompromiß eine Einigung Mittwoch abend nicht zustande kommt, wird abends das Kabinett noch einmal zusammentreten, um erneut zu der Lage Stellung zu nehmen.

Was das Finanzprogramm angeht, so herrscht bei den Deutschnationalen einmütige Auffassung, daß die Deutschnationalen nicht ein Programm gut heißen könnten, das als eine Erbschaft der großen Koalition durch die Sozialdemokraten maßgebend beeinflusst und durch sozialdemokratische Forderungen notwendig geworden sei.

Der Notopferantrag der SPD.

Berlin. Die Sozialdemokratie wird wie der „Vorwärts“ berichtet bei der am Donnerstag in der Vollversammlung des Reichstages beginnenden zweiten Beratung der Steuererleichterungen im Steueraussschuß gestellten Antrag auf Erhebung eines Notopfers der Leistungsfähigen wieder einbringen.



Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei

Landtagsabgeordneter Dr. Schäffer, der vom Reichspräsidenten zu einer Besprechung über die Haltung seiner Partei gegenüber dem Reichsfinanzprogramm empfangen wurde. Die Bayerische Volkspartei lehnt jede Erhöhung der Biersteuer ab.

Die Stimmung in Frankreich

(Von unserem eigenen Korrespondenten.) Paris, Anfang April 1930.

In Frankreich betrachtet man die neueste Entwicklung der deutschen Politik mit großer Sorge. Als jetzt am 6. April der Youngplan auch im Senat angenommen wurde, schwebte bereits der Geist der neuen deutschen Regierung über den Debatten. Man versteht es hier einfach nicht, daß es tatsächlich in Deutschland Menschen gibt, die nicht einmal sehen, welche außenpolitischen Ergebnisse die Regierung Hermann Müller errungen hat. Einer Berechnung des Abgeordneten Bergery (von der Radikalen Partei) zufolge, war der Wert des Dawes-Planes 45 Milliarden Goldmark, der des Young-Planes ist 36 Milliarden 777 Millionen Goldmark, berechnet auf 37 Jahresleistungen von etwa 2 Milliarden und 22 weiteren von 1650 Millionen. Seit 1920 bis zum Ende des Young-Planes würde Frankreich davon 150 Milliarden Franken erhalten haben. Das würde nicht nur allen Sachschaden decken, den Frankreich erlitten hat (100 Milliarden), sondern auch einen Teil des auf 115 Milliarden Franken eingeschätzten Personenschadens. Allerdings muß ja Frankreich von den 150 Milliarden Franken etwa die Hälfte nach London und Washington zur Bezahlung seiner eigenen Schulden abführen. Es erregte große Aufmerksamkeit in der Kammer, als Poincarés früherer Finanzminister, Baron de Lasteyrie, während der Rede des Genossen Grumbach durch eine Zwischenbemerkung darauf hinwies, er habe zufällig ein interessantes Dokument aus dem Jahre 1919 wiedergefunden: Den stenographischen Bericht der Friedenskonferenz-Sitzung vom 21. Februar 1919. Damals hat der englische Delegierte Lord Cunliffe, der Gouverneur der Englischen Bank, wörtlich erklärt: „Lloyd George schlägt vor, man solle von den Deutschen endgültig nur 24 Milliarden Pfund Sterling, also 600 Milliarden Franken fordern.“

Welch ein Umschwung seit 1919! Ein Wandel aber nicht nur in der außerordentlichen Reduzierung der Geldansprüche von Deutschlands Gläubigern, sondern auch in der allgemeinen Stimmung. „Wir beweisen Deutschland, daß wir in seinen guten Glauben und in die Erfüllungspolitik Vertrauen legen. Wir glauben auch an seine republikanische Gesinnung, welche unserer Ansicht nach überhaupt allen Völkern die Friedensliebe dauernd einpflanzen muß“, sagte der Pastor Soulier, der zur Kammermitte gehört, bei der Debatte über den Young-Plan, während draußen vor dem Palais Bourbon die Flugzeuge der nationalen und monarchistischen „Action Française“ herumwirbelten, um Flugblätter gegen die Ratifizierung des Young-Planes auf die Menge abzuwerfen. Der Kammerabgeordnete Oberst Picot, eine der Hauptstützen der Poincarés- und Tardieu-Regierungen, der selbst im Krieg schwer verwundet wurde, fand noch auffallendere Worte über Deutschland: „38 Jahre meines Lebens hatte ich nur an das Soldatentum gedacht. Ich ging in die Armee, um den Krieg mitzumachen, unter den Klängen der Marschmarchen, und ich wollte mich für mein Vaterland opfern, aber dann wurde der Krieg in mir zum Erlebnis, und mein Herz erfüllte sich von Haß gegen den Krieg. Das genügt mir nicht, und so suche ich den wahren Frieden vorzubereiten. Nur zwei Völker gibt es, Deutschland und Frankreich, die durch eine wirkliche Verständigung dieses hohe Werk des Friedens in Angriff nehmen und ausführen können. Sie werden, wenn sie nicht gegeneinander stehen, sondern nur gegen die Verbredenen des Hasses zusammenarbeiten, so stark sein, daß nie wieder ein Krieg ausbrechen kann.“ — Die sozialistische Partei Frankreichs hatte nach anfänglichem durch die Innenpolitik beeinflussten Zögern doch beschlossen, für den Young-Plan einzutreten. Sie stimmte für ihn trotz des Ministeriums, während die Mitte und Rechte zum Teil für das Ministerium trotz des Planes stimmten. Das Eintreten der Sozialisten für den Young-Plan bedeutete nicht, daß sie dem Ministerium, das ihn vorlegte, Vertrauen schenken würden, sondern daß auch die französische Regierung und ihre sie stützende Mehrheit die Friedenspolitik der Sozialisten als einzig richtig anerkennen mußte.

Kurt Lenz.

15 Jahre Zuchthaus für Tula

Preßburg. Das hiesige Obergericht bestätigte am Mittwoch vollinhaltlich das erste gegen Tula gefällte Urteil des Kreisgerichtes in Preßburg, wonach wegen Verbrechen der militärischen Spionage und versuchten Anschlages gegen die Republik zu 15 Jahren Zuchthaus, Sznajth wegen der gleichen Verbrechen zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Gandhis Feldzug wirkungslos?

Neue Zusammenstöße in Indien — Auch Gandhis zweiter Sohn verhaftet — Kurswechsel in der Unabhängigkeitsbewegung

London. Gandhi hat in einer Rede angekündigt, daß er in Kürze seine Tätigkeit in ein anderes Gebiet verlegen werde. Seine Rede war außerordentlich scharf, was nach Ansicht englischer Kreise darauf zurückzuführen sei, daß Gandhi nach der vergeblich erwarteten Verhaftung wegen Verletzung der Salzgesetze nun versuche, mit den Bestimmungen des Strafgesetzes über Aufruhr in Streit zu kommen, die Strafen bis zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Deportation vorsehen. Gandhi fordert Männer, Frauen und Kinder auf, die Herausgabe des gewonnenen Salzes zu verweigern und wenn nötig Widerstand zu leisten. Die britische Verwaltung ist der Meinung, daß der Feldzug Gandhis zur Wirkungslosigkeit

verurteilt ist, solange jede Einmischung der Behörden unterbleibt, während jede vorzeitige Maßnahme die Bewegung neu beleben müßte. In der Nähe von Neu-Delhi kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Anhängern Gandhis, in deren Verlauf sieben Personen verletzt wurden. Von streikenden Eisenbahnern die sich bei Bombay vor die Züge warfen, wurden zwei Personen verletzt und eine getötet. Bei einer Kundgebung in Bombay ist ein Europäer verletzt worden.

Noch ein Sohn Gandhis verhaftet

London. Wie aus Bombay gemeldet wird, ist am Mittwoch ein weiterer Sohn Gandhis wegen Verletzung des Salzmonopols verhaftet worden.

Gandhi in Bhimrad eingetroffen

London. Gandhi ist Mittwoch gemäß dem Plan, seine Tätigkeit nach einem anderen Gebiet zu verlegen, nach Bhimrad gelangt, wo sein Sohn am Sonntag verhaftet wurde. Eine große Menge von Freiwilligen und Schaulustigen aus der ganzen Gegend erwartete seine Ankunft. Gandhi feierte die Bevölkerung in einer sehr scharfen Rede an, mit der Salzherzeugung fortzuführen und sich durch die Polizei nicht einschüchtern zu lassen. Er richtete seine Aufforderungen insbesondere auch an die Frauen, wobei er der Ansicht ist, daß die Verhaftung von Frauen durch die Polizei einen Sturm der Entrüstung im ganzen Lande hervorrufen würde.

Der Leiter des Eisenbahnarbeiterstreiks, der sich der Bewegung Gandhis angeschlossen hat, ist zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

64 polnische Kommunisten verhaftet

Warschau. Den Warschauer Untersuchungsbehörden ist es gelungen, der Zentralstelle der kommunistischen Jugendverbände in Polen auf die Spur zu kommen. Über 80 Hausdurchsuchungen wurden durchgeführt. Dabei sind 64 Mitglieder der kommunistischen Partei Polens verhaftet worden. Es wurde zahlreiches Belastungsmaterial, geheime Druckmaschinen, Berichte an die Moskauer Zentralstelle und anderes mehr beschlagnahmt. Unter den Verhafteten befindet sich der bekannte Kommunist Bernmann, der auch an der Geheimföschung der Bolschewiken der kommunistischen Parteien teilnahm, die vor kurzem in Berlin stattgefunden hat.



Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Franz von Mendelssohn, unter dessen Vorsitz diese Spitzenorganisation sämtlicher deutscher Handelskammern am 9. April ihre Vollversammlung in Berlin abhielt.



Zur Beilegung des Konfliktes zwischen Thüringen und dem Reich

Ist der Vorsitzende des thüringischen Staatsministeriums, Staatsminister Baum, nach Berlin gekommen, um in persönlichen Verhandlungen mit dem Reichsinnenminister eine Vergleichsbasis zu finden.

Die dänische Sozialdemokratie wächst!

Kopenhagen. Der vorliegende Jahresbericht der dänischen Sozialdemokratie zeigt, daß das Jahr 1929 nicht nur hinsichtlich der Wahlergebnisse, sondern auch für die Organisation der Partei ein rotes Jahr gewesen ist. Im Laufe des Jahres ist die Mitgliederzahl um 14 073 gestiegen, so daß die Zahl der organisierten Parteigenossen jetzt 163 193 beträgt. Von den Mitgliedern sind 54 034 oder dreiunddreißig Prozent Frauen. Alle Landesteile, Landgemeinden wie Städte, haben zu dem Zuwachs beigetragen. Dieser organisatorische Erfolg im ersten Jahre der sozialdemokratisch-radikalen Koalitionsregierung ist selbstverständlich von der größten politischen Bedeutung. Er bedeutet ein klares Vertrauensvotum für die Regierung und eine Ermunterung der organisatorischen Arbeit.

Spanien und die Sozialisten

Madrid. In Madrid fand am Sonntag im „Theatre Pradina“ eine von den spanischen Sozialisten zu Ehren des bekannten Sozialistenführers Paolo Iglesias veranstaltete Massenversammlung statt, an der auch Delegierte ausländischer Sozialistenverbände teilnahmen. Die Redner betonten, daß Spanien heute nur dem äußeren Anschein nach in ein Stadium normaler politischer Entwicklung getreten sei. Selbst unter der Diktatur habe Spanien eine so schwere politische Krise durchgemacht wie jetzt. Es sei nicht zu glauben, daß es bald zu den heiß ersehnten Wahlen kommen werde, und selbst wenn dies geschehen sollte, so würden die Wahlergebnisse gefälscht werden.

Im Anschluß an die Versammlung bildeten sich verschiedene Demonstrationzüge. Eine Gruppe jugendlicher Sozialisten, die die Internationale anstimmten, wurde von Polizeitruppen gewaltsam zerstreut. Drei Personen wurden verhaftet.

„Daily Herald“ — eine Million Exemplare

Das Arbeiterblatt die drittgrößte Zeitung Englands.

London. Wie aus einer amtlich geprüften Aufstellung hervorgeht, hat der „Daily Herald“, der bis 15. März eine Gesamtauflage von 300 000 Exemplaren besaß, seit seiner Reorganisation eine Auflage von mehr als einer Million erreicht. Das Blatt ist damit in innerhalb vierzehn Tagen zur drittgrößten englischen Tageszeitung angestiegen, ein Aufstieg, der in der englischen Zeitungsgeschichte nicht seinesgleichen hat. Von allen Tageszeitungen haben nur Lord Kothermers „Daily Mail“ und Lord Beaverbrooks „Daily Express“ eine noch höhere Auflage.

Der neue Präsident von Lettland

Riga. Zum Präsidenten von Lettland wurde am Mittwoch der stellvertretende Vorsitzende des Parlaments, der Bauernbundesabgeordnete Kweeßis mit 55 Stimmen der bürgerlichen Parteien gewählt. Der Gegenkandidat, der Vorsitzende des Parlaments, Dr. Kalnin, (Sozialist) erhielt nur 35 Stimmen.



Der griechische Diktator zu Gefängnis verurteilt

General Pangalos, der frühere Diktator Griechenlands, wurde vom Staatsgerichtshof zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er einen Vertrag über die Vergabe eines Spielfasinos zuungunsten des Staates und zugunsten eines seiner Parteigänger abgeschlossen hatte.

Italien verhindert das Fünfmächteabkommen

Das Dreimächteabkommen gesichert

Paris. In der Pariser Presse verheißt man sich die Schwierigkeiten nicht, die dem Zustandekommen eines Fünfmächteabkommens in London noch entgegenstehen. Nach wie vor wird hervorgehoben, daß die Haltung Italiens bei den kommenden Verhandlungen von ausschlaggebender Bedeutung sein wird, da nur der Verzicht auf die Flottengleichheit mit Frankreich eine Annäherung der gegenseitigen Gesichtspunkte ermöglichen wird. Man versucht auch insofern einen gewissen Druck auf England auszuüben, seine Bemühungen gegenüber Italien noch zu verstärken, als man immer wieder hervorhebt, daß selbst im Falle des Zustandekommens eines Dreier-Abkommens zwischen Amerika, Japan und England das britische Weltreich immer den kürzeren ziehen muß, da es in erster Linie eine europäische Macht sei und sich als solche nicht an den Flottenrüstungen der übrigen europäischen Mächte interessieren könnte.

Der „Temps“, der diese Auffassung vertritt, fügt seinen Ausführungen hinzu, daß ein Abkommen unter Ausschluß Italiens dieselben Anzuträglichkeiten mit sich bringt, da Frankreich in diesem Falle gezwungen sei, ausdrückliche Vorbehalte zu machen, um im Falle einer italienischen Flottenverpflichtung im Mittelmeer nicht ins Hintertreffen zu geraten. Das Blatt glaubt den besten Ausweg darin zu sehen, den Grundsatz der Flottengleichheit im Augenblick überhaupt nicht zu berühren, sondern die italienische Regierung lediglich dahin zu bringen, ihre Bedürfnisse bekannt zu geben, um ein Programm bis zum Jahre 1936 aufzustellen, das den augenblicklichen Abstand zwischen der französischen und italienischen Flotte wahr.

Der Londoner Berichtskorrespondent des Blattes sieht im Augenblick noch sehr pessimistisch und betont, daß sich seit Dienstag nichts ereignet habe, was die Hoffnungen auf ein Fünferabkommen verstärken könnte.

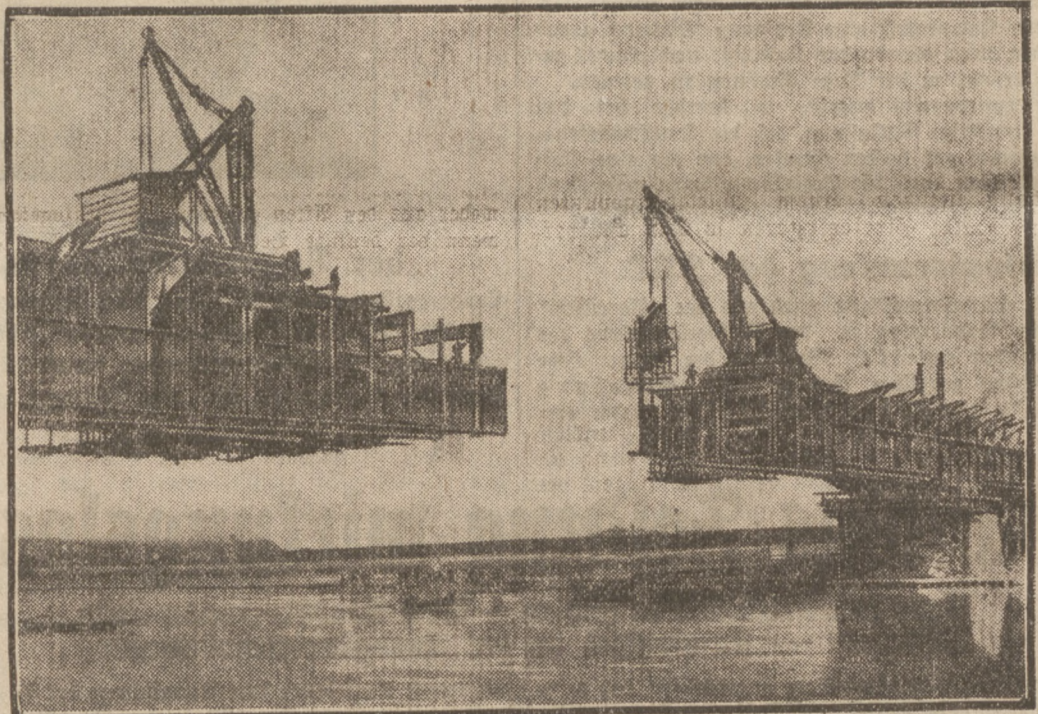
Das Dreimächteabkommen gesichert

London. Die weiteren Besprechungen am Mittwoch zwischen den Hauptvertretern der drei Flottenhauptmächte haben zu einer Übereinstimmung in allen wesentlichen Punkten geführt. Es bleiben nur noch ein oder zwei untergeordnete Punkte zu regeln, die in einer für Donnerstag vormittag einberufenen Sonder Sitzung gleichfalls verabschiedet werden sollen.



Das „Haus der Presse“ in Madrid

Das mit einer Höhe von 16 Stockwerken der erste Wolkenkratzer der spanischen Hauptstadt ist und am 7. April in Gegenwart des Königs paares und des Ministerpräsidenten eingeweiht wurde.



Der Bau einer neuen Elbbrücke bei Dresden

Vor dem Zusammenschluß des Brückenbogens, der mit einer Stützweite von 115 Metern die weitest gespannte Blechbalkenkonstruktion der Welt sein wird.

Keine Mai-Demonstration in London

Wie der „Daily Herald“ berichtet, ist beschlossen worden, angesichts der Ungewißheit der politischen Lage und der Möglichkeit, daß bald eine allgemeine Wahl stattfindet, das Projekt einer großen zentralen Mai-Demonstration in London für dieses Jahr aufzugeben.

In einer Beratung vor dem Londoner Gewerkschaftsrat wurde darauf hingewiesen, daß der ursprüngliche Plan angesichts der neuen Umstände überprüft werden müsse. Die Lokalorganisationen der Arbeiterpartei seien im Begriffe, sich auf Neuwahlen vorzubereiten. Im Hinblick darauf wandten sich die Vertreter der Londoner Arbeiterpartei im gemeinsamen Maifeier-Komitee gegen eine neue Aufgabe, die sie bei der Durchführung der Vorarbeiten für Neuwahlen hindern müßte. Der Gewerkschaftsrat hat daher den Wunsch berücksichtigt, auf die Demonstrationen zu verzichten.

Hlinka gegen Beneš

Breschburg. Der Führer der slowakischen Volkspartei Hlinka veröffentlicht einen Artikel, in dem er sich mit verschiedenen politischen Gerüchten befaßt, so z. B. damit, daß die slowakische Volkspartei vom Außenminister Beneš einen Betrag von 2 Millionen Kronen zur Errichtung einer Druckerei erhalten habe. Hlinka behauptet, die slowakische Volkspartei habe nie von Dr. Beneš Geld erhalten. Was die Zahlung der Advokatenhonorare im Tula-Prozess anbelangt, werde weder er noch die Partei diese Honorare bezahlen, da sich Tula als Professor der Rechtswissenschaften selbst hätte verteidigen können. Außerdem sei auch kein Jurist oder Advokat imstande, denjenigen zu verteidigen, gegen den die tschechoslowakische Staatsmacht siege.

Der Kampf um Kwiatkowski

Rücktritt des polnischen Handelsministers?

Warschau. Die „Gazeta Warszawska“ weiß neuerdings von dem angeblichen bestimmt bevorstehenden Rücktritt des Handelsministers Kwiatkowski zu melden. Kwiatkowski werde aller Wahrscheinlichkeit nach die Leitung der neuen staatlichen chemischen Werke in „Moscice“ übernehmen. Als Nachfolger nennt die „Gazeta Warszawska“ u. a. den bisherigen Postminister Börner und den gegenwärtigen stellvertretenden Minister im Finanzministerium Starzynski. Als Nachfolger des plötzlich abgerufenen Generalkonsuls in Berlin Zelinski wird der gegenwärtige polnische Generalkonsul Malhomme in Berlin genannt. Wie verlautet, will Zelinski seinen Journalistenberuf wieder übernehmen, und zwar als Vertreter des „Kurjer Poczanski“ in Berlin.

Blutige Zusammenstöße zwischen Frakti und Parteigeegnern

Sonntag kam es in Warschau am Weichselufer wieder einmal zu einem Zusammenstoß zwischen Frakti und Anhängern der PPS-Partei. Mit Messern und Revolvern bewaffnete „Frakti“ fielen nach kurzer Aussprache über einige der PPS-nahestehende junge Männer her und begannen diese zu mißhandeln. Der Schlägerei wurde erst ein Ende gemacht, als Polizei einschritt. Ein gewisser Josef Raczulski wurde durch einen Schuß und Messerstiche schwer verletzt.

Aufstand in Brasilien

Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Rio de Janeiro ist im brasilianischen Staat Parahyba nördlich von Pernambuco eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen.

Polnisch-Schlesien

Wie?

Natürlich dient Jeder mit Lust und Wonne. Es gibt eben kein erhabenes Gefühl, als die Knarre zu schultern und einen richtigen Parade marsch zu schmeißen.

Das ist die Regel. Ausnahme ist, daß mancher wadere Bürger, der gern und freudig lostrabt, wenn das Vaterland ruft, doch nicht so ganz kann, wie er gern möchte.

Spielend einfach scheinbar, und doch furchtbar schwer! Denn das hohe Generalkommando hat die läbliche Gewohnheit, die Einberufungen zu den Reservierungen höchstens vierzehn Tage, manchmal auch nur drei Tage vor dem Gestellungstermin dem glücklichen Vaterlandsverteidiger in die Hand zu legen.

Und das ist eben der Zweck der Übung. Die Reservisten selbst freilich wundern sich und können nicht verstehen, wie sie sich vier Wochen vorher entschuldigen sollen, wenn sie erst drei Tage vor dem Termin die Einberufung kriegen.

Wozu dient der Soldat überhaupt? Nun, damit er ausgebildet wird in den technischen Waffen des modernen Kriegshandwerks, das ist sicher. Aber so nebenbei soll natürlich auch sein Geist geschärft werden.

Und das ist es, was die polnische Oberste Heeresleitung vermeiden will im kommenden Kampfe um die Freiheit und Unabhängigkeit. Nicht nur die Heerführer an sich, sondern jeder einzelne Soldat unserer Armee soll zum Nachdenken erzogen werden, sein Ahnungsvermögen wird geweckt.

Und der Reservist muß eben mehr können, er muß ahnen. Daß er zu einer gewissen Zeit üben soll, das sagt ihm in den meisten Fällen schon jetzt so ein dunkles, inneres Gefühl.

Wichtig für die zur Entlassung gekommenen Knappschaftsmitglieder

Die zur Entlassung gekommenen Knappschaftsmitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie, zwecks Aufrechterhaltung ihrer Ansprüche zur Pensionklasse eine monatliche Gebühr von 50 Groschen an die Administration der „Spolka Bracka“ in Tarnowicz abführen müssen.

Warnung!

Wie uns zugetragen wurde, werden von einer unbefugten Person die Mitgliedsbücher des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Kontrolle eingesammelt. Wir bitten die unsere Kollegen, kein Mitgliedsbuch an fremde Personen auszuhandigen, da wir zur Zeit keine Kontrolle haben.

Zu den schlesischen Sejmwahlen

Das schlesische Wojewodschaftsamt gibt bekannt, daß der Wahlbezirk 2 den Stadt- und Landkreis Rattowicz sowie die Gemeinden Ruda, Chudow, Gieraltowicz, Paniow, Bujatow, Paniowka und Preisowicz umfaßt.

Die diesjährigen Rekrutenmusterungen

Laut den geltenden militärischen Vorschriften finden die diesjährigen Rekrutenmusterungen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni d. J. statt. Gesuche um vorübergehende Zurückstellung vom Heeresdienst sind von Militärpflichtigen der Kategorie A binnen 14 Tagen, und zwar bis spätestens zum 1. Juli bei dem zuständigen Militärbüro bezw. Bezirkskommandos einzureichen.

Der Ulitzprozeß

Behandlung vor dem Appellationsgericht — Das verschwundene Dokument — Widerspruch zwischen den Belastungszeugen — Was die Schriftfachverständigen sagen

Dieser Prozeß zieht das Interesse der Öffentlichkeit weit mehr auf sich, als es das Objekt an sich berechtigt. Obwohl auch das nicht zu unterschätzen ist. Denn wenn es wahr ist, was dem Angeklagten vorgeworfen wird, dann liegt hier ein Vergehen vor.

Der erste Verhandlungstag vor dem Appellationsgericht hat diese Wahrscheinlichkeit nicht vermehrt.

Er hat aber auch keine konkreten Beweise von der Schuld des Angeklagten gegeben.

Die vorgelesenen Akten sagen ja nur das, was in der Vorinstanz schon wirklich genügend erörtert wurde. Nichts Greifbares liegt vor, als ein Schein, ein papierner Felsen, ein Formular des Volksbundes.

Die anderen Dokumente, die so fotografiert wurden, sind alle bei den Gerichtsakten.

Merkwürdigerweise fehlt aber das Beweisstück,

worauf es gerade ankommt, jenes Formular des Volksbundes, worauf Herr Ulitz als Leiter der Organisation einem ihm ganz unbefangenen jungen Menschen bescheinigt haben soll, daß er ein guter Deutscher und Mitglied des Volksbundes sei, und daß er weiter aus Polen flüchten müsse, weil er sonst hier Soldat werden muß.

Nirgends findet sich ein Hinweis auf diese Bescheinigung des Volksbundes, keine Randnotiz, keine Bezugnahme, einfach nichts.

Das Aktenstück selbst aber ging durch verschiedene deutsche Behörden, und wenigstens ein Beamter hätte einmal und irgendwo etwas sagen müssen, zu diesem gewiß nicht alltäglichen Geschreibsel.

Wenn es wirklich bei den Akten gewesen, das heißt, vom Deutschen Volksbunde zu den deutschen Behörden gelangt wäre. Kapitän Zychon ist ein sehr kluger Mensch. Wo die Vernehmung bedenklich wird, da zieht er sich immer auf sein Dienstgeheimnis zurück.

Daß er das Dokument gesehen hat.

Aber auch dieser Fuchs sagt natürlich nicht, ob die Unterschrift dieses Dokuments echt oder gefälscht war. Vielleicht erzählt uns Pilarski etwas mehr, wenn er morgen vernommen wird.

Es ist aber auch bedauerlich, daß Herr Zychon so unverständlich handelt. Denn hätte er dieses Dokument einfach aus den Akten herausgenommen und diese dann wieder an ihren Platz gelegt, kein Mensch hätte den Diebstahl bemerkt.

Der eine der Herren Sachverständigen lehnte es ab, nach einer Fotografie die Echtheit der Unterschrift zu bestätigen. Der andere freilich meinte, das ginge auch. Nun, alles geht schließlich, aber irren ist menschlich.

Die Deutsche Wahlgemeinschaft im Wahlkampfe

Die Deutsche Wahlgemeinschaft hat ihre Kandidatenlisten aufgestellt, wenigstens weiß das die „Polska Zachodnia“ zu berichten, die auf diese Kandidatenlisten sehr schlecht zu sprechen ist.

Im Wahlkreise 3 ist Listenführer Senator Pant, an zweiter Stelle steht Gewerkschaftssekretär Franke, an dritter Stelle Pawlas und an vierter Stelle Morciniec aus Myslowitz.

Die heutige Vernehmung des Kapitän Zychon hat jedenfalls ergeben, daß Pilarski zwar einen festen Lohn für seine segensreiche Tätigkeit von der Defensivseite bezog, daß er aber so nebenbei

für jede gelungene Ermittlung von Wert ein Extrahonorar bekam. Es ist ganz natürlich, wenn er in Ermangelung tatsächlicher Beweise seiner Tüchtigkeit und Unentbehrlichkeit sich welche schaffte.

Wenn man sich aber den Inhalt des Schriftstücks ansieht, kann man nicht glauben, daß so ein alter und pedantischer Polizeimann, wie Ulitz, so etwas unterschrieben haben sollte.

Schon der Rechtschreibfehler wegen mußte ihm der Schriftsatz auffallen. So etwas läßt kein Laie durchgehen, geschweige denn ein Fachmann. Solche Texte verfaßt man im ehemals österreichischen Krakau, aber nicht im früher preussischen Rattowicz.

Die erste Instanz hat Ulitz verurteilt. Auf indirekte Beweise hin, die allerdings stark anscheinbar sind. Landgerichtsdirektor Mundry in Breslau sagte einmal in einem ähnlichen Falle: „Das Gericht kann den Angeklagten verurteilen, aber es braucht ihn nicht verurteilen.“

Landgerichtsdirektor Herlinger judizierte anders. Er verurteilte in der ersten Instanz. Wird das Appellationsgericht anders entscheiden? —

Die Verhandlung wurde um 10 Uhr vom Präsidenten Jęhenter eröffnet. Beisitzer sind die Herren Grzybacz und Lesser, die Anklage vertritt Staatsanwalt Lewandowski. Weiter sind wieder als Sachverständige geladen: die Herren Kwiczinski, Beamter im Verkehrsministerium in Warschau, und Professor Krol aus Krakau.

Der Zeuge, Kapitän Zychon, der als erster vernommen wurde, schilderte sehr kurz und vorichtig, wie er zu den Akten kam und wie sie fotografiert wurden. Er betont,

daß er die Akten nicht persönlich durchsah und nicht weiß, ob sich eine Empfehlung des Bialucha durch den Deutschen Volksbund dabei befand. Die Fotografie dieser Empfehlung kennt er freilich. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt er an, Pilarski habe ein monatliches Gehalt bekommen, solange er bei der Defensivseite tätig war.

Doch habe das nicht ihm unterstanden, sondern den vorgelegten Behörden. Er habe dem Pilarski nur das Monatsgehalt angewiesen.

Der Zeuge Menzel gibt an, daß er den Fall Bialucha als Polizeibeamter in Meisse bearbeitet habe. Er sei ihm darum besonders erinnerlich, weil der Onkel des Bialucha, der in Meisse wohnte, ihm bekannt gewesen sei. Er wisse bestimmt, daß sich kein Schriftstück des Volksbundes bei den Akten Bialucha befunden habe, in dem Bialucha darum empfohlen wird, weil er der Militärdienstpflicht wegen aus Polen flüchten wollte.

Kapitän Lys schildert als Zeuge, wie die Akten gleich nach dem Diebstahl fotografiert wurden. Im Gegensatz zu seinem Kameraden Zychon behauptet er,

sich ganz bestimmt erinnern zu können, dieses Empfehlungsschreiben des Volksbundes für Bialucha in der Hand gehabt und eingesehen zu haben. Merkwürdigerweise ist sein Gedächtnis bei allen anderen Vorgängen, die im unmittelbaren Zusammenhang zum Akten Diebstahl stehen, außerordentlich schwach.

Der Schriftfachverständige Kwiczinski-Warschau betont, daß man aus einer fotografierten Unterschrift wohl kaum herausfinden könne, ob sie echt oder gefälscht sei.

Hier deutet aber Manches darauf hin, daß die Fotografien noch einmal fotografiert worden seien. Umso mehr müsse sich auch das Individuelle einer Unterschrift verwischen. Auch dieser Zeuge wird in ein schweres Kreuzfeuer genommen, das aber ergebnislos verläuft.

Am Schluß der Sitzung beschließt das Gericht noch, den zweiten Sachverständigen, Professor Krol, ebenfalls zu vernehmen. Dann wird die Verhandlung auf Donnerstag, vormittags 10 Uhr, verlagert.

Betont sei an dieser Stelle die außerordentlich umsichtige und sachliche Leitung der Verhandlung durch den Vorsitzenden.

